

## Die Würfel sind gefallen

Liebe Mitstreiter und Sympathisantinnen,

Wie erwartet wurde in der gestrigen Gemeinderatssitzung der Antrag der SPD-Fraktion auf einen Bürgerentscheid abgelehnt. Tenor der Begründungen aus den anderen Gemeinderatsfraktionen war, dass man demokratisch gewählt sei und daher sehr wohl im Sinne der Bürger/innen entscheiden würde. Diese Auffassung kann man teilen, auch wenn es Bürger gibt, die gerade diese Rätinnen und Räte nicht gewählt haben. Wie wir an anderer Stelle bereits gesagt haben, bedeutet dies unserer Meinung nach nicht, dass die Gemeinderatsmitglieder einen Blankoscheck erhalten haben für Vorhaben auf einer nach oben offenen 'wünsch-dir-was' Skala. Wir haben leider nicht in Erfahrung bringen können, ob es außer bei der SPD in den anderen Gemeinderatsfraktionen eine Schmerzgrenze gab, bei deren Überschreitung eine Zustimmung für das Vorhaben aufgegeben worden wäre. Dies bestätigt unsere Annahme, dass das Projekt auch bei höher ausgefallenen Umbaukosten durchgeboxt worden wäre, frei nach dem Motto, 'koste es was es wolle'.

Herr Achilles (Vorsitzender der SPD Fraktion) hat in seiner Stellungnahme zum später positiv beschiedenen Baubeschluss vorgerechnet wie hoch bei Gesamtkosten von 22,2 Millionen Euro und 50 bis 60 Angestellten im Rathaus die Erstellungskosten pro Mitarbeiter sind. Wir gehen von 24 Millionen Euro aus (Kaufpreis 3,85 Millionen Euro, Umbaukosten 18,4 Millionen Euro und einem optimistisch geschätzten Risikoanteil von 10 % auf die Umbaukosten) und nehmen stattdessen die obere Zahl von Angestellten. Das Ergebnis ist gleich: **400.000 € pro Verwaltungsmitarbeiter!** Solche Zahlen werden vielleicht im Frankfurter Bankenviertel oder bei großen Versicherungen erreicht, üblich bei vergleichbaren Neubau- bzw. Umbauprojekten im Land sind bis zu 200.000 €. D.h. man ist in Markdorf bereit einen 100 prozentigen Aufschlag zu bezahlen, aber wofür eigentlich?

Der Bürgermeister, die CDU-Fraktion und die Fraktion der Umweltgruppe haben immer wieder unisono betont, dass man die Verantwortung für den Erhalt des Bischofsschloss hat und aufgefordert ist, „dieses Kulturdenkmal auch für die Zukunft zu sichern“. Andererseits gab es gestern die Aussage von Bürgermeister Riedmann, dass man, falls man bei einem für uns positiven Ausgang des Bürgerentscheids nicht ins Rathaus einziehen dürfe, gezwungen wäre das Gebäude zu verkaufen. Ähnlich klingt die Antwort auf eine unserer Fragen zur Möglichkeit einer Hotelnutzung, dass die Stadt das Bischofsschloss niemals gekauft hätte wenn es sich für eine Nutzung als Rathaus ungeeignet erwiesen hätte. Legt man diese drei Aussagen übereinander dann ergibt sich als Schnittmenge: **Wir fühlen uns zur Erhaltung dieses Kulturdenkmals nur dann verpflichtet, wenn wir dort auch mit dem Rathaus einziehen dürfen.** Allein dafür ist man bereit den oben genannten Aufpreis zu zahlen. Es gibt kritischere Zeitgenossen, die diese Art von Polarisierung und Einflussnahme auf den Bürgerwillen schon einmal als 'mehr als grenzwertig' bezeichnet haben. Soweit würden wir nicht gehen, fair ist dieses Herangehen an die Bürgerschaft jedenfalls nicht.

Die CDU-Fraktion spricht von hohen Kosten, die eine alternative Nutzung des Bischofsschloss erfordern würde, kann für diese Behauptung allerdings keine Zahlen nennen. Diese Kosten könnten nicht parallel zu einem Rathausneubau gestemmt werden, sagt man. Wir sagen, anstatt 18,4 Millionen (+10%) für den Schlossumbau auszugeben, ließe sich auch ein modernes und zweckdienliches Rathaus mit Tiefgarage am alten Platz errichten und es bliebe immer noch genügend Geld übrig, um das Bischofsschloss in einen Zustand zu versetzen, der eine dem Gebäudekomplex angemessene bürgernahe Nutzung offenhält.

Denken Sie darüber nach und teilen Sie uns Ihre Meinung mit.

Wenn jetzt viele in die Sommerpause gehen fängt für uns die Arbeit an. Sofern die Verwaltung mitspielt werden wir das Bürgerbegehren so schnell wie möglich anlaufen lassen und setzen dabei weiterhin auf Ihre tatkräftige Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

Heiner Sondermann

Webmaster - Initiative Bischofsschloss